

FORDERUNGS- UND FRAGENKATALOG ZUR ZUKUNFTSSICHERUNG DER BERLINER UMWELT- UND KLIMABILDUNG AN DIE FRAKTIONEN

ZEHN FORDERUNGEN, FÜNF FRAGEN - EIN GEMEINSAMES ZIEL: DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION BERLINS

Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,
sehr geehrte umweltpolitische Sprecher*innen,
sehr geehrte bildungspolitische Sprecher*innen
der Fraktionen CDU, SPD, GRÜNE und LINKE,
sehr geehrte Damen und Herren,

als **Runder Tisch Umwelt- und Klimabildung Berlin** wenden wir uns mit einem dringenden Anliegen an Sie. Die Umwelt- und Klimabildung in Berlin steht an einem kritischen Punkt. Während sich Berlin ambitionierte Klimaziele setzt, die Berliner Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet und den Masterplan BNE weiterentwickelt, drohen zentrale Bildungs- und Beteiligungsangebote wegzubrechen. **Erfolgreiche Projekte laufen aus, Finanzierungsperspektiven fehlen, erfahrene Träger*innen stehen unter massivem Druck, Stellen abzubauen und gewachsene Strukturen geraten zunehmend in Gefahr.** Neu ist dabei, dass nicht mehr nur einzelne Organisationen oder Angebote betroffen sind – wie es im Rahmen von Veränderungsprozessen üblich sein kann – sondern zunehmend die gesamte infrastrukturelle Basis der Umwelt- und Klimabildung in Berlin.

Im Vorfeld der anstehenden Wahlentscheidungen stellt sich daher die Frage, welchen Stellenwert Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) künftig politisch einnehmen wird. Mit der Agenda 2030, den Sustainable Development Goals (SDGs) und der UNESCO-BNE-Roadmap 2030 bestehen die politischen Grundlagen hierfür bereits seit Jahren.

Klimaziele, Umweltbewusstsein und -schutz sowie soziale Gerechtigkeit lassen sich nicht ohne stabile Bildungsstrukturen erreichen, die Menschen zu verantwortungsvollem Handeln, Perspektivwechsel, demokratischer Teilhabe und Zukunftsgestaltung befähigen.

Hier sind klare politische Prioritäten und verlässliche Perspektiven gefragt!

In dieser existenziell bedrohlichen Lage haben wir uns als erfahrene Träger*innen zu einem **Runden Tisch Umwelt und Klimabildung Berlin** zusammengeschlossen, um konstruktive Lösungen für eine nachhaltige Absicherung zu entwickeln und hierzu eng mit Politik und Verwaltung zusammenzuarbeiten.

Mit dem nachfolgenden Forderungs- und Fragenkatalog möchten wir Ihre Positionen und Vorhaben zur Zukunft der Umwelt- und Klimabildung in Berlin erfragen. Diese möchten wir am 24. Juni 2026 bei unserer Podiumsdiskussion „**Klimaziele ohne Fundament? Warum Nachhaltigkeitsbildung jetzt Priorität braucht!**“ diskutieren. **Ihre schriftliche Rückmeldung und Beantwortung der Fragen erhoffen wir uns im Vorfeld der Veranstaltung bis zum 16. Juni 2026, damit wir sie in unserer Moderation berücksichtigen können.**

Unsere Forderungen:

1. Zivilgesellschaftliche Umwelt- und Klimabildungsakteure anerkennen, schützen und strukturell absichern

Umwelt-NGOs sind als gemeinnützige und demokratische Partner im Bildungs- und Klimasystem Berlins dauerhaft anzuerkennen und strukturell zu stärken. Die Politik muss sich klar gegen die pauschale Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Organisationen positionieren und einen vertrauensvollen öffentlichen Diskurs fördern. Umwelt- und Klimabildung sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine dauerhafte öffentliche Aufgabe – keine kurzfristige Projektförderung. Dafür braucht es eine feste Verankerung von Umwelt- und Klimabildungsorganisationen im Bildungs- und Klimasystem Berlins, eine Weiterentwicklung langfristiger und diversifizierter Finanzierungsformen und regelmäßige inhaltliche und strategische Austauschformate mit Aufwandsentschädigung auf Augenhöhe.

2. Grundsicherung für Umwelt- und Klimabildungsakteure

Die Haushaltsmittel zur institutionellen Förderung von Umwelt- und Klimabildungsakteuren sollen deutlich ausgeweitet werden, um der zentralen Bedeutung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für die ökologische, soziale und demokratische Zukunftsfähigkeit Berlins gerecht zu werden.

Die Förderung sollte dauerhaft in der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt sowie in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie verankert werden. Erfahrene Träger*innen sollen über transparente Verfahren Zugang zu institutioneller Förderung erhalten, um verlässliche Strukturen, fachliche Kontinuität und langfristige Bildungsarbeit abzusichern. Damit wird Umwelt- und Klimabildung als dauerhafte öffentliche Aufgabe gestärkt und nicht ausschließlich von kurzfristigen Projektförderungen abhängig gemacht.

3. Weg von Modellprojekten zu langfristigen Finanzierungen

Erprobte und erfolgreiche Projekte brauchen langfristige Finanzierungsperspektiven, um dauerhaft Wirkung zu entfalten, für ihre Zielgruppen verlässlich verfügbar zu sein und die Anschubfinanzierungen bestmöglich in Wert zu setzen.

Gesellschaftliche Transformations- und Bildungsaufgaben können nicht dauerhaft rein marktwirtschaftlich oder privat finanziert werden. Deshalb braucht es einen ehrlichen politischen Umgang mit dem Verstetigungsdilemma: Bewährte Projekte dürfen nicht nach der Modellphase enden, sondern müssen bei nachgewiesener Wirkung verstetigt werden können. Dafür sollen die Möglichkeiten des Zuwendungsrechts, langfristiger Fördervereinbarungen und öffentlicher Auftragsvergaben stärker genutzt sowie perspektivisch eine gesetzliche Verankerung – etwa durch ein Umwelt- und Klimabildungsfördergesetz – erwirkt werden. Gemeinnützige Organisationen sollen bei Bedarf zudem bei der Entwicklung diversifizierter Finanzierungsstrategien beraten und unterstützt werden.

4. Wiederaufnahme und Verstärkung der Mittel im BEK

In den vergangenen Jahren konnten Träger*innen über das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK) wichtige Projekte der Umwelt- und Klimabildung umsetzen. Seit dem letzten Landeshaushalt und dem Weggang der zuständigen Ansprechperson gibt es

jedoch keine verlässlichen Informationen darüber, ob und in welchem Umfang Bildungsprojekte über das BEK künftig weiterhin finanziert werden sollen. Wir fordern deshalb Transparenz über die zukünftigen Finanzierungsmöglichkeiten von Umwelt- und Klimabildung im BEK sowie eine deutliche Verstärkung der Mittel. Ziel muss es sein, erfolgreiche und etablierte Projekte mittelfristig abzusichern und gleichzeitig die Entwicklung neuer Projekte zu ermöglichen.

5. Anerkennung von Overheadkosten und gute Bezahlung für gute Arbeit

Anteilige Kosten für Miete, Infrastruktur, Geschäftsbedarf und Verwaltung müssen in ausreichendem und inflationsangepasstem Umfang in den Projekten abrechenbar sein. Nur so können gemeinnützige Träger stabile Strukturen sichern und qualitativ hochwertige Bildungsarbeit leisten. Die veraltete Honorarordnung des Landes Berlin muss angepasst werden. Bildungsarbeit muss angemessen, wertschätzend und entsprechend der fachlichen und pädagogischen Anforderungen eingruppiert und vergütet werden.

6. Standardisierte, vereinfachte Förderverfahren

Förderverfahren der Senatsverwaltungen und Bezirke sollen vereinheitlicht, digitalisiert und bürokratiearm gestaltet werden. Der bereits angestoßene Prozess zur Entbürokratisierung im Zuwendungsbereich muss deutlich schneller vorangetrieben werden. Es braucht standardisierte Antragsverfahren, eine zentrale Datenbank für Trägergrunddaten sowie transparente frühzeitige Auskünfte über verfügbare Fördermittel. Nachweispflichten sollen reduziert und pauschalierte Abrechnungen stärker ermöglicht werden, um aufwendige Einzelbelegprüfungen und doppelte Berichtspflichten zu vermeiden. So können insbesondere kleinere Träger entlastet, Verwaltungsaufwände reduziert und Fördermittel schneller bewilligt werden.

7. Deutliche Reduzierung oder Abschaffung verpflichtender Eigenmittelanteile

Die verpflichtenden Eigenmittelanteile für gemeinnützige Organisationen sollen deutlich reduziert oder abgeschafft werden. Gleichzeitig braucht es Unterstützungsstrukturen zur Bereitstellung von Eigenmitteln für Bundes- und EU-Förderprogramme. Hohe Eigenanteile benachteiligen insbesondere kleine und mittlere Träger und führen z.B. dazu, dass innovative junge Initiativen oder beispielsweise Migrant*innenselbstorganisationen von Förderungen ausgeschlossen werden – obwohl ihre Arbeit gesellschaftlich hoch relevant ist und dringend gebraucht wird.

8. Gemeinsamer inhaltlicher Diskurs und Planung

Regelmäßige Austauschtreffen zwischen Politik, Verwaltung sowie Umwelt- und Klimabildungsakteuren sollen den gemeinsamen Diskurs auf Augenhöhe stärken. Ziel ist es, gemeinsame Strategien und Handlungsschwerpunkte zu entwickeln, die vor allem strukturelle Veränderungen unterstützen, die nachhaltiges Handeln erleichtern sowie globale Perspektiven und Gestaltungskompetenzen stärken. Dazu gehören z.B. die konsequente Weiterentwicklung von Ansätzen der Kreislaufwirtschaft sowie die verstärkte Umsetzung des Whole Institution Approach. Alle Vorhaben sollen konsequent zur Umsetzung der Berliner Nachhaltigkeitsziele und der Sustainable Development Goals (SDGs) beitragen.

9. 12 Bezirke, 12 unterschiedliche Wege – Wer hat Berlin als Ganzes im Blick?

Bei Umwelt- und Klimathemen wie z.B. der Müllvermeidung fehlen oft gemeinsame berlinweit abgestimmte Ansätze. Bezirke und Kieze entwickeln häufig mit hohem Aufwand eigene Konzepte, was zu Doppelstrukturen und unnötigen Kosten führt. Für zivilgesellschaftliche Akteure, die berlinweit arbeiten, entstehen dadurch unklare Zuständigkeiten, lange Abstimmungen und hohe bürokratische Hürden. Berlin braucht eine zentrale Koordinierungs- und Anlaufstelle, die bezirksübergreifende Strategien bündelt, Synergien fördert und Umwelt- und Klimabildung strukturell stärkt.

10. Stabile Strukturen als Grundlage für Zukunftsprojekte

Großprojekte wie die EXPO 2035 oder Olympia können wichtige Impulse für die Stadtentwicklung setzen. Gleichzeitig braucht Berlin verlässliche Investitionen in bestehende Bildungsstrukturen und Bildungsträger*innen. Beides muss zusammengedacht werden, damit Großprojekte gemeinsam im Sinne der Nachhaltigkeit entwickelt werden und langfristig zu einer sozial gerechten ökologischen Transformation beitragen können.

Unsere Fragen:

1. **Wie stehen Sie zu den vorangehenden zehn Forderungen, welche davon wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode prioritär umsetzen und wie möchten Sie deren Finanzierung sicherstellen?**
2. **Ist Ihnen die akute Gefahr des Strukturabbaus im Bereich der Umwelt- und Klimabildung bewusst – und mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie diesem entgegenwirken?**
3. **Welche Rolle soll Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) künftig in der Berliner Bildungs-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik spielen? Welche Konzepte bringen Sie für eine zeitgemäße Bildungspolitik mit, die Demokratie stärkt, Gesundheit fördert sowie Biodiversität, ökologische Lebensgrundlagen und gesellschaftlichen Zusammenhalt sichert?**
4. **Sind Sie bereit, Umwelt- und Klimabildung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge dauerhaft strukturell zu finanzieren? Wenn ja, mit welchen konkreten Instrumenten und Finanzierungsansätzen?**
5. **Wie wollen Sie einen regelmäßigen und verbindlichen Austausch zwischen Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Umwelt- und Klimabildungsakteuren dauerhaft etablieren?**



Diese Fragen und unsere Forderungen möchten wir mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteur*innen der Umweltbildung, Klimabildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in Berlin sowie weiteren Gästen bei unserer öffentlichen Podiumsdiskussion **besprechen**. Wir möchten diskutieren, welchen konkreten politischen Beitrag es jetzt braucht, um die Berliner Nachhaltigkeitsstrategie, den Berliner Masterplan für BNE mit Leben zu füllen und Umwelt- und Klimabildung langfristig strukturell abzusichern.

KLIMAZIELE OHNE FUNDAMENT?

WARUM NACHHALTIGKEITSBILDUNG JETZT PRIORITÄT HAT!

PODIUMSDISKUSSION MIT NETWORKING
24. JUNI 2026 VON 17-19 UHR
KIEZKAPELLE, HERMANNSTR. 99-102, 12051 BERLIN

Wir sind ein Bündnis von Berliner Initiativen und engagieren uns für die Zukunftssicherung von Umwelt- und Klimabildung: www.wir-berlin.org/runder-tisch-umwelt-klimabildung



Seien Sie am Mittwoch, den 24. Juni 2026 von 17 bis 19 Uhr in der Kiezkapelle dabei und bringen Sie Ihre Expertise und Pläne auf dem Podium ein!

Wir freuen uns auf Ihre Zusage zur Podiumsdiskussion und die Beantwortung der fünf Fragen bis zum 16. Juni 2026 an unten genannte E-Mail-Adressen.
Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Leiten Sie gern die Einladung zur Veranstaltung in Ihrem Netzwerk weiter:

<https://www.eventbrite.com/e/klimaziele-ohne-fundament-warum-nachhaltigkeitsbildung-jetzt-prioritaet-hat-tickets-1988302884451?aff=oddtcreator>

Kontakt (bitte gemeinsam anschreiben)

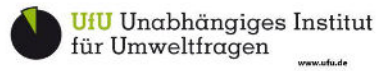
Martina Bergk, Geschäftsführerin LIFE - Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.
E-Mail: bergk@life-online.de, Tel. 030-308 798 21

Anne Sebald, Geschäftsführerin wirBERLIN gGmbH
E-Mail: sebald@wir-berlin.org, Tel. 030-897 29 29 2

Florian Kliche, Geschäftsführer Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.
E-Mail: Florian.Kliche@ufu.de, Tel. 030-428 4993 26



Akteure Runder Tisch Umwelt- und Klimabildung Berlin



Mitzeichner*innen



Weitere Informationen zum Runden Tisch unter:

www.wir-berlin.org/runder-tisch-umwelt-klimabildung